

**POSITIONS-
PAPIER**

**NRW UND DIE BUNDESWEHR –
EINE STARKE BEZIEHUNG**

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

IMPRESSUM

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

fdp-fraktion@landtag.nrw.de
www.fdp.fraktion.nrw

Verantwortlich für den Inhalt:

Tobias Havers

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressesprecher

0211 - 884 4466

tobias.havers@landtag.nrw.de

Grafik und Layout:

Clara Gather

Mitarbeiterin für Grafikdesign
und Mediengestaltung

0211 - 884 44 81

clara.gather@landtag.nrw.de

Stand: 25.06.2025



NRW und die Bundeswehr – eine starke Beziehung

Die Angehörigen der Bundeswehr leisten Tag für Tag einen unverzichtbaren Dienst für unsere Gesellschaft. Als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform übernehmen sie oft unter großen Entbehrungen Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes. Ihr herausfordernder Dienst für Freiheit, Demokratie und Sicherheit in Deutschland und rund um die Welt verdient hohe Wertschätzung.

Die Bundeswehr ist mit unserem Bundesland eng verbunden. An 25 Standorten leisten rund 20.000 aktive Soldatinnen und Soldaten gemeinsam mit weiteren 12.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern täglich ihren Dienst. Zudem sind zahlreiche Männer und Frauen Teil der Reserve, bei dem wichtigen Reservistenverband engagieren sich allein in Nordrhein-Westfalen 15.000 Mitglieder. Die Bundeswehr ist damit nicht nur ein unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit nach außen, sondern auch ein verlässlicher Pfeiler für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade in Ausnahmesituationen hat die Bundeswehr außergewöhnliche Stärke und Solidarität bewiesen – sei es beim verheerenden Hochwasser im Jahr 2021, welches auch Nordrhein-Westfalen schwer getroffen hat, oder während der Corona-Pandemie, als zahlreiche Soldatinnen und Soldaten unermüdlich die Arbeit in Gesundheitsämtern unterstützt haben. Doch dieses Engagement wird noch immer zu wenig gewürdigt. Zu oft bleiben diese Leistungen im Alltag unsichtbar.

Gleichzeitig wachsen die sicherheitspolitischen Herausforderungen – durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, durch hybride Bedrohungen, Desinformation und Cyberangriffe. Gerade weil wir uns nach dem Frieden sehnen, müssen wir wehrhaft und die Armee verteidigungsfähig werden.

Deshalb sagen wir als Freie Demokraten klar: NRW und die Bundeswehr gehören zusammen. Unser Land muss ein aktiver Partner der Streitkräfte sein – politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich. Die FDP-Landtagsfraktion NRW legt mit diesem Papier acht konkrete Vorschläge vor, um unsere starke Partnerschaft weiter zu vertiefen.

Positionen

1. Anerkennung: Wer sich für die Freiheit einsetzt, verdient Respekt

Anerkennung beginnt mit Sichtbarkeit. Was unsere Streitkräfte bewegt, gehört nicht hinter Kasernenmauern, sondern mitten in unsere Städte und Dörfer. Wir wollen, dass Gelöbnisse nicht mehr in geschlossenen Bereichen, sondern an symbolträchtigen Orten, wie dem Landtag von Nordrhein-Westfalen stattfinden. Kommunen sollen Patenschaften mit nahe-

gelegenen Bundeswehrstandorten eingehen. Veranstaltungen wie Empfänge, die Übergabe von Fahnenbändern oder Gedenkakte an öffentlichen Orten sind sichtbare Zeichen des Respekts der (Zivil-)Gesellschaft für ihre Bundeswehr.

Parallel braucht es eine moderne Erinnerungskultur. Der nationale Veteranentag und der Volkstrauertag sollen stärker in den öffentlichen Raum gerückt werden, zum Beispiel durch die Anordnung landesweiter Beflaggung. Für Soldatinnen und Soldaten, die im Dienst für die Freiheit gestorben sind, soll es Gedenkorte auch außerhalb militärischer Areale geben.

Die Fregatte „Nordrhein-Westfalen“, die weltweit für die Sicherheit auf See im Einsatz ist, steht als Symbol für die Verbundenheit unseres Landes mit der Marine. Wir würdigen das Engagement des Freundeskreises und fordern die Landesregierung auf, die Patenschaft zu stärken.

2. Wer für uns gekämpft hat, darf nicht allein gelassen werden

Veteraninnen und Veteranen verdienen Unterstützung – auch nach dem Dienst. Landkreise und Großstädte sollen nach dänischem Vorbild zentrale Veteranenkoordinatoren benennen, in Nebenfunktion oder Ehrenamt. Diese Stellen können Anlaufpunkte für Fragen, Hilfe und Vernetzung sein.

Für Veteraninnen und Veteranen ist die mentale Gesundheit ein zentrales Thema. Viele Soldatinnen und Soldaten erleben in Auslandseinsätzen Traumata. Wir fordern den Ausbau von Online-Beratungen, Telemedizin und Peer-Support-Programmen sowie eine rund um die Uhr besetzte Notrufnummer zur Krisenintervention. Angebote der Bundeswehrkrankenhäuser sollen bekannter gemacht werden. Um seelische Krankheiten in Folge von Einsätzen besser zu erkennen und zu behandeln, braucht es neue Fortbildungen für Ärzte und Psychotherapeuten. Wer für uns gekämpft hat, darf mit seinen inneren Kämpfen nicht allein gelassen werden.

3. Panzertaugliche Infrastruktur und zeitgemäße Kasernen

Nordrhein-Westfalen übernimmt im militärischen Ernstfall aufgrund seiner geografischen Lage eine Schlüsselrolle als logistische Drehscheibe für Truppen- und Materialtransporte in Westeuropa. Doch unsere Infrastruktur ist diesem Anspruch derzeit nicht gewachsen: Marode Straßen, Brücken und Schienen erschweren die militärische Mobilität. Das muss sich ändern: Wir fordern die Landesregierung auf, gezielt in panzertaugliche Schienen und Straßen und konvoifeste Brücken zu investieren.

Viele Kasernen in Nordrhein-Westfalen sind baulich in einem schlechten Zustand und müssen modernisiert werden. Neue Standorte müssen zudem schnell errichtet werden können. Dafür fordern wir eine Reform des Baurechts: Wer eine Kaserne bauen will, soll dafür kein Baugenehmigungsverfahren durchlaufen – der Bau ist genehmigungsfrei. Serielle und modulare Bauweisen sowie praxisnahe Lösungen beim Denkmalschutz beschleunigen den Ausbau. Moderne Kasernen brauchen starke Internetanbindung, Freizeitangebote und möglichst wohnortnahe Einsatzmöglichkeiten – denn viele Soldatinnen und Soldaten möchten täglich zu ihren Familien zurückkehren.

4. NRW als industrielles Zentrum der Zeitenwende

Bei der Ausstattung der Bundeswehr zeigen sich mittlerweile erhebliche Defizite: Veraltete Kommunikationstechnik, defekte Fahrzeuge, fehlende Munition und teils sogar eine unzureichende Grundausstattung beeinträchtigen die Fähigkeit zur Auftrags Erfüllung und stellen ein sicherheitspolitisches Risiko dar. Deshalb fordern wir vom Bund, das Beschaffungswesen effizienter zu gestalten und die Bundeswehr zügig und konsequent mit der bestverfügbaren Ausrüstung auszustatten.

Dem Industriestandort Nordrhein-Westfalen kommt als Standort vieler führender Unternehmen der Verteidigungswirtschaft eine zentrale Rolle beim Aufbau der notwendigen Kapazitäten zu. Regionale Unternehmen wie Rheinmetall, RENK, Diehl und KNDS sichern Arbeitsplätze, Innovation und strategische Autonomie. Unser Ziel ist klar: NRW soll das industrielle Zentrum der deutschen Zeitenwende werden. Wir unterstützen daher die Ausrichtung einer eigenen Fach-Messe für Wehrtechnik in Nordrhein-Westfalen.

5. Wenn jede Minute zählt: Bundeswehr im Katastrophenschutz

Ob bei Flut, Feuer oder Pandemie – die Bundeswehr hat geholfen, wenn es darauf ankam. Diese Einsatzbereitschaft verdient nicht nur Dank, sondern dauerhafte strukturelle Einbindung. Wir wollen deshalb die zivil-militärische Zusammenarbeit im Katastrophenschutz langfristig und verbindlich ausgestalten.

Die Bundeswehr soll regelmäßig an landesweiten Katastrophenschutzübungen teilnehmen und als fester Bestandteil kommunaler und landesweiter Krisenstäbe vorgesehen werden. Gemeinsame Fortbildungen schaffen gegenseitiges Verständnis und professionelle Abläufe.

Neben modernen digitalen Lagezentren wie im „Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum“ des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe brauchen wir auch auf Landesebene eine enge Verzahnung von zivilem und militärischem Know-How. Dies muss in der neuen Landesstelle Katastrophenschutz berücksichtigt werden. Ein besonderer Fokus soll dort auch auf der systematischen Einbindung von Reservistinnen und Reservisten liegen, weil sie ein wichtiger Brückenbauer zwischen Militär und Zivilgesellschaft sind.

6. Sicherheitspolitik in der politischen Bildung

In unseren Schulen leisten „Jugendoffiziere“ seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit, um Schülerinnen und Schüler dabei zu unterstützen, sich ein besseres Verständnis sicherheitspolitischer Zusammenhänge zu bilden. Deren Arbeit ist wichtiger denn je: Laut der Shell-Jugend-Studie aus dem letzten Jahr ist die Furcht vor Krieg unter 81 Prozent der Jugendlichen die größte Angst. Die Angebote der Jugendoffiziere müssen durch das Schulministerium bekannter gemacht werden, Schulleitungen brauchen Handlungssicherheit.

Da die sicherheitspolitische Lage insgesamt komplexer, das öffentliche Interesse größer und die Zielgruppen vielfältiger geworden ist, wollen wir zudem den wertvollen Ansatz weiter-

entwickeln und modernisieren. „Bürgeroffiziere“ sollen sicherheitspolitische Bildung für alle anbieten: an Schulen, Hochschulen, in Redaktionen, Vereinen und online. Sie vermitteln in Vorträgen, Planspielen und Podien sicherheitsrelevante Themen, begegnen kritischen Fragen mit Fachwissen und engagieren sich aktiv gegen Desinformation in sozialen Medien.

7. Freie Forschung für ein sicheres Morgen

Wir bekennen uns zur Forschungsfreiheit unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Exzellente öffentliche und private Forschung sind Kennzeichen der Wissenschaftslandschaft in unserem Bundesland. Forschung an militärischen Technologien, zu militärischen Zwecken und mit „Dual Use“-Ansatz ist legitim, wenn sie demokratisch legitimierte Zwecke dient. Es ist daher richtig und wichtig, dass es seit 2019 keine gesetzliche vorgeschriebene Zivilklausel nach dem Hochschulgesetz in Nordrhein-Westfalen mehr gibt. Dies soll auch zukünftig Bestand haben.

Mehr denn je gilt es der Bundeswehr Zugang zu Forschung und Entwicklung zu ermöglichen. Die Zusammenarbeit und der Technologietransfer zwischen Militär, Wissenschaft und Wirtschaft muss europäisch, vom Bund sowie landesseitig ermöglicht und koordiniert gefördert werden. Gleichzeitig achten wir die Autonomie der Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Von einem gesetzlichen „Kooperationsgebot“ oder einer „Kooperationspflicht“ wie einem Verbot durch „Zivilklauseln“ soll Abstand genommen werden. Wir regen jedoch eine offene Debatte an: In einer Welt, die zunehmend sicherheitspolitisch herausgefordert ist, sollten auch Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen mit Zivilklausel prüfen, ob sie noch zur heutigen Lage passen oder einer differenzierteren Ausgestaltung bedürfen.

Der Austausch zwischen Studierenden und der Bundeswehr kann zudem durch die Stärkung und den Ausbau von Hochschulgruppen zu den Themen Sicherheits- und Außenpolitik gelingen.

8. NRW zeigt, das es geht: Wir stehen zur europäischen Armee

Münster ist Standort des deutsch-niederländischen Korps – einem Symbol gelebter europäischer Sicherheitspolitik. Das Korps führt multinationale Missionen und war Teil der schnellen Eingreiftruppe der NATO. In Geilenkirchen an der deutsch-niederländischen Grenze haben die AWACS-Aufklärungsflugzeuge ihren Hort. Als Verband von verschiedenen Nationen leisten sie im Rahmen der NATO klassische Luft- und Seeraumüberwachung. Diese Beispiele der engen militärischen Zusammenarbeit zeigen: Europa kann Verteidigung gemeinsam gestalten. Unser Ziel ist eine Europäische Verteidigungsunion unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle. NRW kann hier eine führende Rolle übernehmen – mit Infrastruktur, Erfahrung und politischem Gestaltungswillen.

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**



FOLGE UNS!



@FDPFraktionNRW



@FDPFraktionNRW



@fdplif_nrw



FDPFraktionNRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



SCANNE DIESE QR-CODES JETZT EINFACH DIREKT MIT DEINEM SMARTPHONE UND VERNETZE DICH MIT UNS!